

AMNESTY KANADA ÜBER DIE GEPLANTE NORTHERN GATEWAY PIPELINE

Im Juli 2014 veröffentlichte die kanadische Sektion von Amnesty International ein Statement über die geplante „Northern Gateway“-Pipeline, die eine öffentliche Debatte über die Ressourcenentwicklung in Kanada entfachte, sowohl im Hinblick auf den wirtschaftlichen Nutzen als auch den Schaden für die Umwelt. Wie so oft bei Großprojekten werden andere wichtige Dinge übersehen. Die „Northern Gateway“-Pipeline ist auch eine Menschenrechtsangelegenheit, weil insbesondere die Familien und Gemeinschaften der ›First Nations‹ betroffen sind und diese daran gehindert werden, ihre Kultur und traditionelle Lebensweise auszuüben.

Amnesty International ist nicht gegen jegliche Entwicklung oder Bau von Pipelines, hat sich aber in diesem Fall gegen einen Ausbau dieses Projektes ausgesprochen. Als internationale Menschenrechtsorganisation hält Amnesty einen hohen Standard der Vorsorge als ganz wesentlich. Diese Standards der Vorsorge und sowie weitere Schutzmaßnahmen durch die Bundesregierung reichen für die Indigenen längst nicht aus.

Die Northern Gateway Pipeline soll täglich im Schnitt 525.000 Barrel Ölsandbitumen zwischen Alberta und British Columbia transportieren. Wenn das Projekt verwirklicht werden sollte, würde die Pipeline über tausend Flüsse und Bäche in den traditionellen Gebieten der indigenen Völker führen. Der Transport von Bitumen und Chemikalien würde auch küstennahe Gewässer betreffen. Diese Gebiete sind lebenswichtig für andere indigene Völker.

Durch langjährige Zusammenarbeit mit den Lubicon Cree aus North Alberta hat Amnesty International längst Kenntnis über verheerende Schäden an Kultur, Wirtschaft und Wohlergehen. Die Regierungen ignorieren ihre Rechte und Bestrebungen nach Entwicklung. Entscheidend ist auch die Bedeutung des Lachsfischens und andere traditionelle Formen für den Lebensunterhalt der Indigenen.

Viele First Nations, durch deren Land die Pipeline laufen würde und die von den dort fließenden Gewässern einschließlich Küstengewässern abhängen, sind gegen dieses Projekt.

Sollte die Bundesregierung dieses Projekt durchsetzen wollen, würden 23 First Nations dies gerichtlich anfechten. Diese haben allen Grund, so zu handeln, da die Verfassung des Staates Kanada ihr Anliegen unterstützt.

Amnesty International glaubt, dass die Entscheidung, die „Northern Gateway“ zu bauen, die internationalen gesetzlichen Normen verfehlt. Eine Entscheidung entspreche nicht den Normen der Menschenrechtskonventionen. Wie der UN-Sonderberichterstatter für die Rechte der indigenen Völker bei seinem Besuch in Kanada 2013 forderte, sollten große Entwicklungsprojekte nur mit freier, vorheriger und informierter Zustimmung der betroffenen indigenen Völker durchgeführt werden.

Ulrich Bock, Theko Menschenrechte und indigene Völker